

BUNDESMINISTERIUM II-3602 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
WIEN, am 12. Dezember 1985
DVR: 0000060

Zl. 414.24/10-II.8/85

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
Dr.Jankowitsch, Cap und Genossen be-
treffend die Haltung Österreichs zur
Frage des Nichtersteinsatzes ("no first
use") von Kernwaffen durch die Nuklear-
mächte (Nr.1650/J-NR/85)

1635 IAB

1985 -12- 17

zu 1650 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr.Jankowitsch, Cap und Ge-
nossen haben am 24. Oktober 1985 unter Nr. 1650/J-NR/85 an mich
eine schriftliche Anfrage betreffend die Haltung Österreichs zur
Frage des Nichtersteinsatzes ("no first use") von Kernwaffen durch
die Nuklearmächte gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie hat sich Österreich bei den bisherigen Abstimmungen
über Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten
Nationen zur Frage des Ersteinsatzes verhalten?
2. Von welchen Überlegungen war dieses Abstimmungsverhalten
Österreichs bestimmt?
3. Wird das Abstimmungsverhalten Österreichs zu einer ent-
sprechenden Resolution im Rahmen der 40.Generalversamm-
lung der Vereinten Nationen Gegenstand neuerlicher Über-
legungen, insbesondere im Hinblick auf die Haltung anderer
neutraler Staaten sowie die Bedeutung dieser Frage auch
im Rahmen der KVAE von Stockholm gemacht werden?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1: Österreich hat bei den Abstimmungen über die Resolutionen
der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Frage des
Nichtersteinsatzes von Nuklearwaffen stets Stimmenthaltung
geübt.

./.

- 2 -

Zu 2 und 3: Die Votumserklärung der österreichischen Delegation bei der Abstimmung über die diesjährige Resolution betreffend den Nichtersteinsatz von Nuklearwaffen lässt die Gründe erkennen, die zu diesem österreichischen Abstimmungsverhalten geführt haben. Sie lautet folgendermassen:

"Herr Vorsitzender!

Meine Delegation möchte eine Votumserklärung über den Resolutionsentwurf abgeben, der von Kuba, der Deutschen Demokratischen Republik und Ungarn eingebracht worden und im Dokument A/C.1/40/L.7 enthalten ist.

Die österreichische Delegation möchte unterstreichen, dass Österreich den Einsatz aller Massenvernichtungswaffen ablehnt und daher auch den Einsatz von Nuklearwaffen zurückweist.

Österreich glaubt, dass ein Verbot des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen prinzipiell ein wünschenswertes Ziel darstellt. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass eine Verpflichtung zum Nichtersteinsatz von Nuklearwaffen, soll ihre Glaubwürdigkeit die notwendige Wirkung haben, in einer Modifizierung der militärischen Doktrinen und Strukturen ihren Niederschlag finden muss. Eine solche Verpflichtung sollte auch verifizierbar sein, sodass ihr deklaratorischer Charakter die notwendige Ergänzung findet.

Ein Abkommen über den Nichtersteinsatz von Nuklearwaffen wird, realistisch gesehen, nur dann möglich sein, wenn die Nuklearmächte ein Übereinkommen über ein Kräfteverhältnis im konventionellen Bereich erzielen, das die Stabilität sicherstellt und Konflikte vermeidet.

Die Frage des Nichtersteinsatzes von Nuklearwaffen muss nach Ansicht meiner Delegation sowohl allgemein in einem globalen wie insbesondere in einem europäischen Zusammenhang behandelt werden.

Nach Ansicht der österreichischen Delegation müssen die deklaratorischen Elemente des Resolutionsentwurfes L.7 durch vereinbarte Schritte im obigen Sinne ergänzt werden, wenn sie den

./.

- 3 -

beabsichtigten Beitrag zur Förderung der globalen Sicherheit darstellen sollen. Aus dieser Überlegung hat meine Delegation wie in den vergangenen Jahren bei der Abstimmung über Resolutionsentwurf L.7 Stimmenthaltung geübt.

Meine Delegation bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass das Genfer Gipfeltreffen und die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über eine Reihe von Fragen, die die nukleare Abrüstung insbesondere zwischen den Supermächten betreffen, Verständigungen herbeiführen wird, die den Prozess einleiten können, der zu einem Abkommen über den Nichtersteinsatz von Nuklearwaffen führt."

Die Frage des österreichischen Abstimmungsverhaltens bei den wiederkehrenden Resolutionen der Generalversammlung über die Frage des Nichtersteinsatzes von Kernwaffen durch die Nuklearmächte wird anlässlich der österreichischen Vorbereitung der Tagungen der Generalversammlung einer sorgfältigen Prüfung unterzogen, um festzustellen, in welcher Form den gleichbleibenden österreichischen Grundsätzen in dieser Frage im Lichte der Entwicklung am zweckmässigsten Ausdruck verliehen werden kann.

Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten:

